

KMW weiter auf Geisterfahrt

Bauarbeiten sollen „zügig wieder aufgenommen werden“

Mainz, 16.10.2009. Empört reagiert die Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa) auf ein Schreiben von KMW-Anwälten an das Oberverwaltungsgericht Koblenz. Darin bekräftigt die KMW ihre Absicht „zeitnah“ den Bau des Kohlekraftwerks fortsetzen zu wollen und beharrt darauf, dass der erteilte Sofortvollzug, der der KMW trotz anhängiger Klagen Baurecht verschafft, aufrechterhalten bleibt. Dadurch, so die Anwälte, solle eine möglichst schnelle Wiederaufnahme der Bauarbeiten ermöglicht werden.

„Nichts gelernt!“ So beurteilt KoMa-Sprecher Patrick Hassenpflug das Vorgehen der KMW. „Die eigenen Gesellschafter – sowohl die Parlamente, als auch die Bevölkerung - wollen kein Kohlekraftwerk und werden das Vorhaben torpedieren wo immer möglich. Dass die KMW die Ablehnung der Kohlepläne bis heute nicht respektiert und nicht, wie von ihr erwartet, sich auf Alternativen zum Kohlekraftwerk fokussiert, zeigt, wie wenig ausgeprägt die Bereitschaft zum Kurswechsel in dem Unternehmen ist. Bei denjenigen, die für diesen Kurs gegen die Anteilseigner verantwortlich sind, wird sich früher oder später die Frage stelle, ob sie in dem kommunalen Unternehmen noch richtig aufgehoben sind.“

Dass den Mainzern das Thema Kohlekraftwerk noch immer nicht erspart wird, macht das KMW-Schreiben leider deutlich. Darin heißt es unter anderem: **„Die Beigeladene [KMW] geht davon aus, dass die noch offenen Finanzierungsfrage kurzfristig geklärt werden kann. Sobald dies geschehen ist, sollen die Bauarbeiten zügig wieder aufgenommen werden.“**

„Diese Zeilen bergen auch Sprengstoff für die Mainzer Politik“, macht Hassenpflug deutlich. „Die Mainzer SPD und FDP haben bisher nur mit Verweis auf die fehlende Finanzierung erklärt, das Kohlekraftwerks-Projekt sei tot. Sie haben bis heute nicht anerkannt, dass ein neues Kohlekraftwerk eine untragbare Bürde für den Klimaschutz wäre und Energiepolitisch in die völlig falsche Richtung weist. Die Kohlekraftwerks-Gegner im Mainzer Stadtrat müssen aufpassen, dass nicht hinter ihrem Rücken weiter Fakten geschaffen werden und sie irgendwann von einer plötzlichen Wiederaufnahme der Bauarbeiten überrumpelt werden. Das wäre nach dem Ausgang der Kommunalwahl im Juni diesen Jahres ein absolutes Armutszeugnis für die Demokratie.“

Das Vorgehen der KMW verdeutlicht jedenfalls die dringende Notwendigkeit einer Umwandlung der Gesellschaftsform von KMW und Stadtwerken um den Einfluss der gewählten Volksvertreter auf die kommunalen Gesellschaften wieder herzustellen.

„Einen Erfolg von Koalitionsverhandlungen (welcher Couleur auch immer) werden wir unter anderem an der Bereitschaft festmachen, der energiepolitischen Geisterfahrt von Vorständen einen sofortigen Riegel vorzuschieben“, erklärt Hassenpflug. „Die Argumentation ‚wir haben keine Einflussmöglichkeit auf unser eigenes Unternehmen‘ ist ein Unding, das schnell beendet werden muss.“